

Antragsteller

PLZ, Ort, Datum	
Telefon-Nr. des Antragstellers	Telefax-Nr. des Antragstellers
Handy-Nr. des Antragstellers	

Landratsamt Coburg Untere Straßenverkehrsbehörde Lauterer Str. 60 96450 Coburg

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis gemäß §§ 29 Abs. 2 StVO

- für die Durchführung einer Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund
- Anzeige einer Veranstaltung auf Privatgrund mit erheblichem Quell- und/oder Zielverkehr

Anlagen:

- Streckenskizze/Lageplan
- Nachweis über Veranstalterhaftpflichtversicherung

Name und Anschrift des Veranstalters		
ggf. vertreten durch		
Name der/des Verantwortlichen	Telefon-Nr. der/des Verantwortlichen	Handy-Nr. der/des Verantwortlichen

Art der Veranstaltung				
Zahl der vorauss. Teilnehmenden Personen	Festwagen	Fahrzeuge	Musikkapellen	Pferde
Beginn (Datum, Uhrzeit, Ort)		Ende (Datum, Uhrzeit, Ort)		

weitere Detailangaben zum zeitlichen Verlauf (z.B. einzelne Phasen, Räumung des Verkehrsgrundes zu bekannten Verkehrsspitzenzeiten):

Streckverlauf (Streckenbezeichnung)/ Flächen, auf der der öffentliche Verkehrsgrund in Anspruch genommen wird/ Lageplan mit Streckenplan beilegen

Erklärung:

Der Veranstalter hat alle Kosten zu ersetzen, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen. Im Übrigen bleiben die gesetzlichen Vorschriften über die Haftpflicht unberührt.

Anmerkung:

Die Veranstaltung stellt eine Sondernutzung im Sinne des § 8 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) bzw. des Art. 18 Bayer. Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) dar. Der Straßenbaulastträger und die Erlaubnisbehörde übernehmen keinerlei Gewähr, dass die Straßen samt Zubehör durch die Sondernutzung uneingeschränkt benutzt werden können. Den Straßenbaulastträger trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.

Unterschrift des verantwortlichen Antragstellers
--

Stellungnahme der Stadt/Gemeinde:

Die Stadt/Gemeinde ist mit der beantragten Veranstaltung einverstanden.

Einvernehmen der Stadt/Gemeinde für die Beschaffung, die Aufstellung und das Entfernen von Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen, die im Rahmen einer Veranstaltung erforderlich werden sowie für den Einsatz der Feuerwehr bei Veranstaltungen

- Die Stadt/Gemeinde _____ erklärt sich nach § 45 Abs. 5 StVO bereit, für die beantragte Veranstaltung die erforderlichen Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen auch für das qualifizierte Straßennetz zu beschaffen, anzubringen, zu unterhalten und zu entfernen.

- Die Stadt/Gemeinde _____ erklärt sich bereit, die Freiwillige Feuerwehr _____ für die beantragte Veranstaltung einzusetzen. Die Feuerwehr übernimmt nach Art. 7 a des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (ZustGVerk) die Absicherung der Veranstaltung nach der Veranstaltungserlaubnis/verkehrsrechtlichen Anordnung.

PLZ, Ort, Datum	Unterschrift/Stempel der Stadt/Gemeinde
-----------------	---

Veranstaltererklärung

Veranstalter
Ort, Datum

Hinsichtlich der von uns beantragten Veranstaltung

Art und Datum der Veranstaltung,

erklären wir Folgendes:

1. Uns ist bekannt, dass die Veranstaltung eine Sondernutzung im Sinne des § 8 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) bzw. Art. 18 Bayer. Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) darstellt und wir als Erlaubnisinhaber alle Kosten zu ersetzen haben, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen.
2. Uns ist bekannt, dass der Träger der Straßenbaulast und die Straßenverkehrsbehörde keinerlei Gewähr dafür übernehmen, dass die Straßen samt Zubehör durch die Sondernutzung uneingeschränkt benutzt werden können. Den Träger der Straßenbaulast trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.
3. Soweit die zuständigen Behörden aus Anlass der Veranstaltung Aufwendungen für besondere Maßnahmen verlangen können, verpflichten wir uns diese zu erstatten.
4. Über den nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 StVO für Veranstaltungen vorgeschriebenen Umfang von Haftpflichtversicherungen sowie ggf. notwendigen Unfallversicherungsschutz sind wir informiert. Eine Bestätigung zu dem von der Erlaubnisbehörde verlangten Versicherungsschutz stellen wir zur Verfügung bzw. haben wir bereits zur Verfügung gestellt. Uns ist bekannt, dass ohne eine solche Bestätigung die Erlaubnis nicht erteilt werden kann.

Unterschrift
Name in Druckschrift oder Stempel

Erklärung über die Freistellung von Ansprüchen

Veranstalter
Ort, Datum

Hinsichtlich der von uns beantragten Veranstaltung

Art und Datum der Veranstaltung,

erklären wir uns bereit:

1. Den Bund, das Land/die Länder, die Städte, die Landkreise, die Gemeinden und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts von allen Ersatzansprüchen freizustellen, die aus Anlass der Veranstaltung auf Grund gesetzlicher Haftungsbestimmungen von Teilnehmern oder Dritten erhoben werden.
2. Über die gesetzliche Schadensersatzpflicht hinaus verpflichten wir uns, die Wiedergutmachung aller Schäden zu übernehmen, die - auch ohne eigenes Verschulden - von Teilnehmern durch die Veranstaltung oder aus Anlass ihrer Durchführung an den zu benutzenden Straßen einschließlich der Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen sowie an Grundstücken (Flurschäden) entstehen.

Ebenso unberührt bleiben der Kostenersatz für besondere Maßnahmen der Straßenverkehrs- und Straßenbaubehörden (Baulastträger, Wegeeigentümer, Unterhaltungspflichtiger) und die Geltendmachung von Sondernutzungsgebühren.

3. Darüber hinaus stehen uns und den Teilnehmern keinerlei Schadensersatzansprüche gegen den Straßenbaulastträger (Straßenbaubehörde, Wegeeigentümer) zu für Schäden, deren Ursache auf die Beschaffenheit der bei der Veranstaltung zu benutzenden Straßen samt Zubehör zurückgeführt werden kann. Die Straßenbaulastträger, Wegeeigentümer und Erlaubnisbehörden übernehmen keine Gewähr für die uneingeschränkte Benutzung der Straße.

Unterschrift
Name in Druckschrift oder Stempel